

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.  
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle,  
Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Post-  
anstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus  
gebracht 2 Mark.

## Anzeigengebühr

die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt Stelle (unter  
dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle,  
Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm.  
Auswärts: Sämmil. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

# Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1. Geppe.  
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.  
Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.  
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

## Der preußische Etat 1899|1900.

Im preußischen Staatshaushaltsetat für das Etatjahr 1899 sind die Einnahmen auf 2 326 327 348, die Ausgaben im Ordinarien auf 2 187 175 538, im Extraordinarien auf 139 151 810, zusammen ebenfalls auf 2 326 327 348 Mark veranschlagt. Die Veranschlagungen ergeben für 1899 bei den Einnahmen ein Mehr von 138 799 964 Mark gegen das Vorjahr, und bei den Ausgaben einen gleichen Mehrbetrag, wovon 131 284 158 Mark auf das Extraordinarium entfallen. Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarien ein Mehrüberschuss von 39 264 716 Mark veranschlagt. Davon entfallen 15 189 934 Mark auf die Eisenbahnverwaltung. Bei der Verwaltung der direkten Steuern ist ein Mehrüberschuss von 12 813 100 Mark veranschlagt, es sind nämlich die Einkommensteuer mit 12 000 000 Mark, die Ergänzungsteuer mit 500 000 Mark und die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen mit 177 900 Mark höher in Ansatz gebracht, ebenso aber auch die dauernden Ausgaben mit 421 000 Mark, welche hauptsächlich zur Personalvermehrung und zur Errichtung neuer Katasterämter bestimmt sind. Bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ist ein Mehrüberschuss von 5 059 912 Mark veranschlagt, bei der Forstverwaltung ein solcher von 3 888 970 Mark. Bei der Verwaltung der indirekten Steuern beträgt der Mehrüberschuss 3 526 000 Mark. Bei der Domänenverwaltung ergibt sich ein Minderüberschuss von 731 000 Mark. Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen im Ordinarien einen Mehrbedarf von 3 013 352 Mark auf. Bei der Verwaltung der öffentlichen Schulden berechnet sich der veranschlagte Mehrbedarf auf 3 787 820 Mark hauptsächlich zur Verzinsung neuobligierter oder noch zu begleichender Anleihen; der Bedarf für beide Häuser des Landtages ist um 482 029 Mark höher angezeigt. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung ergibt sich ein Minderbedarf von 1 256 497 Mark. Die Überweisungen vom Reiche sind dem Staatshaushaltsetat für 1899 entsprechend um 21 576 000 Mark, der Matrikularbeitrag dagegen nur um 20 542 458 Mark höher eingestellt. Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen sind Mehreinnahmen von überhaupt 7 750 505 Mark in Ansatz gebracht, doch handelt es sich zum größeren Theile um Mehraufsätze, welche sich nur infolge der Anwendung des Grundgesetzes der Bruttoetatisierung auf die Einnahmen und Ausgaben der Gefängnisse und der Strafanstalten ergeben und dazu demnach auch bei den Ausgaben entsprechende Mehraufsätze gegenüberstehen. Die dauernden Ausgaben der eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich um insgesamt 36 486 063 Mark. Bei dem Finanzministerium beträgt die veranschlagte Mehrausgabe 16 699 162 Mark. Hierin sind die bereits oben erwähnten 12 332 000 Mark für Dienstleistungsaufbesserungen eingeschlossen. Bei der allgemeinen Bauverwaltung sind an dauernden Mehrausgaben 1 387 228 Mark veranschlagt, darunter 710 000 Mark infolge der Übernahme der Kosten für die Verwaltung und Unterhaltung des Dortmund-Ems-Kanals auf das Ordinarien des Etats. Bei der Handels- und Gewerbeverwaltung beträgt die veranschlagte dauernde Mehrausgabe 1 723 715 Mark, wovon 1 023 680 Mark auf die Kosten der Nutzung der Bernsteinwerke entfallen, deren Übertragung von der Domänenverwaltung auf die Handels- und Gewerbeverwaltung beabsichtigt ist. Dieser Mehrausgabe bei letzterer Verwaltung steht aber aus demselben Posten eine Mehreinnahme von 170 000 Mark gegenüber. Bei der Justizverwaltung sind die dauernden Ausgaben um 2612 000 Mark erhöht, bei der Verwaltung des Innern sind namentlich für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung, ferner für die Polizeiverwaltung in den Provinzen und für die Landespolizei Mehrausgaben vorgesehen. Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung sind an dauernden Mehrausgaben 661 401 Mark angezeigt, außerdem sind, wie im laufenden Jahre,

540 000 Mark zur Verstärkung verschiedener im Ordinarien ausgebildeter Dispositionsfonds vorgesehen. Von den bei der Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten angelegten dauernden Mehrausgaben von 7 800 144 Mark entfallen 5 523 003 Mark auf die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen, für die Universitäten sind 335 746 Mark, für die höheren Lehranstalten 177 079 Mark und für das Elementarunterrichtswesen 1 390 656 Mark mehr angezeigt. Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen auf die Betriebsverwaltungen 89 924 000 Mark, darunter 81 398 000 Mark auf die Eisenbahnverwaltung, und auf die eigenlichen Staatsverwaltungen 49 227 810 Mark.

## Vom Reichstage.

11. Sitzung vom 17. Januar.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, von Thielmann.

Zunächst wird in 3. Lesung debattlos die Ueber-einkunft mit den Niederlanden angenommen, betr. die gegenseitige Zulassung der Tierärzte in den Grenzbezirken.

In 1. und 2. Lesung wird sodann das internationale Buschübereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Etats pro 1899, und zwar des Spezialetats des Reichstags.

Auf Antrag des Abg. v. Frey (cons.) wird dieser Etat für heute von der Tagesordnung abgelehnt.

Beim Etat des Reichskanzlers berührt Abg. Lenzmann (frs. Vp.) die lippsche Frage, welche

eminent wichtig sei. Das Fundament Deutschlands sei und müsse bleiben. Das Recht! Trotz der Kleinheit der Frage habe sie doch eine gewisse Aufregung in Deutschland hervorgerufen. Er, Redner, wollte nicht über die bekannte Debatte sprechen, in welcher

gleichsam eine Art Seniur über einen Fürsten ausgesprochen wurde; er wolle sich nur der Rechtsfrage zuwenden. Es sei „nicht schön“ gewesen, daß von dem Tode des Fürsten Woldemar dem Volke

viele Stunden lang nichts mitgetheilt worden sei, so lange, bis als Regent der Schaumburger erschienen

sei. Der Schiedsrichterspruch des Königs von Sachsen zu Gunsten der Linie Lippe-Biesterfeld habe übersehen, auch gleich ausdrücklich die Erbfolge zu Gunsten auch der Söhne des jetzigen Regenten festzulegen. Daher kommt der Zwist. Der am 5. Januar vom Bundesrat gefasste Beschluß habe das Skopfshütteln aller Juristen herborgerufen. In dem Fürstenthum dauerten nun auch die Wirren fort; das sei ein unerträglicher Zustand. Daß die lippsche Frage überhaupt vor den Bundesrat gebracht worden sei, übersteige alle Begriffe von Recht und Gerechtigkeit. Es sei Pflicht des Reichstages, sich in irgend einer Form dahin auszusprechen, daß die Thronfolge in einem Staate Sache der Landesgesetzgebung sei und den Bundesrat gar nichts angehe. Der Bundesrath beschließe sei ein Nichts; man könne ihn eigentlich vom Standpunkt der Rechtlichkeit vollständig ignorieren. (Präsident Graf Ballerstrem erklärt, ein solcher Ausdruck gegenüber einem Bundesrath beschluß sei unzulässig.) Wenn heute der hier anwesende Bundesrat seine Gründe für seinen Beschuß nicht darlege, dann werde das Volk auch das verstehen, aber sein Beschuß vor dem Bundesrat werde nicht wachsen.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe führt aus, die Reichsverfassung gebe dem Bundesrath das Recht, selbst über seine Kompetenz zu entscheiden. Ein außländisches Wort sei daher nicht nötig. Neben den Hauptpunkt, das Verhältniß der Landesgesetzgebung gegenüber demfürstlichen Hausrat, sei die Entscheidung vorbehalten. Er, der Reichskanzler, verlasse es sich, der künftigen Entscheidung vorzugehen. Man habe bemängelt, daß der Bundesrath nicht sofort materiell entschieden hat. Wäre ein strittiger Successionsfall bereits eingetreten oder bevorstehend, so wäre es wohl nicht angegangen, sich auf den Kompetenzpunkt zu beschränken. Es entspreche dem Charakter des Bundesverhältnisses, nicht vorsichtig durch Vereinigung der verschiedenen Prozeßabschnitte die Möglichkeit auszuweiten, daß in einem neuen Stadium eine Annäherung der streitenden Theile eintrete.

Abg. Lieber (Bentr.) beantragt den schaumburgischen Antrag an den Bundesrath als ganz erstaunlich, er enthalte die stärksten Fühzangen für das Reichs- und Staatsrecht. Es gäbe nichts Konfundes als diesen Antrag. Wenn er, Redner, die Zuständigkeit des Bundesraths Namens seiner sämtlichen Freunde durchaus verneine, so müsse er doch ebenso sehr die Zuständigkeit des Reichstags verneinen, sich in Privatsfürstengerichtsfragen einzumischen. Es sei nicht bekannt, daß in dem Schiedsvertrage die schaumburg-lippsche Staatsregierung mitgewirkt habe. Habe sie das nicht, so gebe es nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Schiedsvertrag sei gültig, dann sei der schaumburg-lippsche Staat nicht beteiligt. Oder derselbe sei befehligt, dann wäre der Schiedsvertrag ungültig. Der Bundesrath beschließe sei in der That ein Nichts. Dem Bundesrath erwachse ein Vorwurf aus seinem Beschuß; er habe dem Rechtbewußtsein einen schweren

Schaden zugefügt. Und deshalb habe der Reichstag die Pflicht, Stellung hier zu nehmen und auszusprechen: Recht muß Recht bleiben!

Abg. v. Dziewbow Pomian (Pole) schwert sich über einen Erlass betr. Behandlung von politischen Namen seitens der Standesämter.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, namens des Bundesraths müsse er entschieden Einspruch erheben gegen die Kritik, welche der Abg. Benzmann an einem Bundesrath beschluß geführt habe. Er frage, was wohl der Reichstag sagen würde, wenn ein Bundesrathmitglied eine solche Kritik an einem Reichstag beschluß überwollte. Herr Benzmann sei weit über das hinausgegangen, was der Bundesrath ertragen könne.

Abg. von Lewickow (cons.) betont, seine Freunde suchten in dem Beschuß des Bundesraths nichts als die Konfrontierung der Thatsache, daß nach Ansicht des Bundesraths es sich um einen Streit zwischen zwei Regierungen handele.

Abg. Benzmann (frs. Vp.) stellt fest, daß er den Bundesrath nicht habe beleidigen wollen.

Es folgt der Etat des Reichsrats des Innern.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) führt Beschwerde über die zu niedrigen Festzüge der Seefahrerrenten. Geheimrat v. Woedtke entgegnet, von irgend einer Gesetzesverleugnung, wie vorredner behauptet, könne keine Rede sein.

Abg. Beck (frs. Vp.) wünscht internationale Vogelschutzvereinbarungen.

Staatssekretär Graf Posadowsky bedauert, daß es noch nicht gelungen sei, die bezügliche Pariser Konvention zu ratifizieren.

Nunmehr vertagt sich das Haus auf Mittwoch.

Tagesordnung: Anträge und zwar Klinkowström (Befreiung unbefugter Veröffentlichung von Geheimverlassen), Alster (obligatorische Gewerbegefechte), Ritter (Schutz des Wahlgeheimnisses).

## Vom Landtage.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 17. Januar, 2½ Uhr.

Zunächst wird eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt und u. A. mitgetheilt, daß durch Niedergabe des Mandats des Oberbürgermeisters Zelle ausgeschieden sei. Hierauf wird das neu eingetretene Mitglied Fürst zu Fürstenberg vereidigt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung unbestimmt.

## Haus der Abgeordneten.

2. Sitzung vom 17. Januar.

Alterspräsident Abg. v. Voß eröffnet die Sitzung. Anwesend sind 400 Abgeordnete. Die Wahlen von 408 Abgeordneten sind geprüft und haben zu Bedenken keinen Ablauf gegeben.

Auf Antrag des Abg. Stengel (frs. Vp.) wird das frühere Präsidium: v. Kröcher Präsident, Frhr. von Heereman erster und Dr. Krause zweiter Vizepräsident durch Aklamation wiedergewählt. Die Herren nehmen die Wahl dankend an.

In gleicher Weise werden zu Schriftführern gewählt die Abg. Voel (cons.), v. Detten (Bentr.), Im Wall (Bentr.), Jürgens (nl.), Weberbusch (frs. Vp.), v. Bodelberg (cons.), Wetekamp (frs. Vp.).

Hierauf eht Präsident v. Kröcher das Andenken des verstorbenen Fürsten Bismarck durch einen längeren Nachruf.

Finanzminister v. Miquel gibt jetzt eine ziffernmäßige Darstellung des Ordinariums und des Extraordinariums des Etats. Die günstigen Ziffern des Extraordinariums beeinflussen den ganzen Etat und zeigten das Bild einer günstigen Finanzlage. Unter den Beamten, für welche Gehalts erhöhungen in dem Etat in Aussicht genommen seien, verdienten die Grenzaufsichtsbeamten besondere Erwähnung. Lebriegen gehé die Staatsregierung von dem Grundsatz aus, daß auch für Unterbeamte die Gewährung von Dienstwohnungen wichtiger sei, als Gehaltszulagen. Die Forderung nach Tarifänderungen werde immer lauter; aber Niemand könne eine Gewähr dafür leisten, daß durch solche Änderungen eine Minderung der Einnahmen nicht eintrete. Unbekündet seien auch die Klagen, daß für kulturelle Zwecke keine Aufwendungen gemacht würden; gerade das Extraordinarium weist zahlreiche Positionen auf, die solchen Kulturaufzwecken dienen. Für die Aufbesserung der Wittew- und Waisen-Unterstützungen seien 3 Millionen mehr erforderlich geworden. Die Aufbesserungen hätten bei den Unterbeamten 30, bei den mittleren Beamten 13 v. St. ihres früheren Einkommens erreicht. Zur Förderung der Kulturaufgaben gehöre auch die Kräftigung des deutschen Elements in denjenigen Gegenden, wo eine feindselige Strömung der Bevölkerung existiere, wie an der Ostgrenze. Die Regierung wolle diese Leute nicht befehligen, sondern gewinnen. (Beifall.) (Der Redner ist infolge der ungünstigen Akustik im Saale oft längere Zeit hindurch völlig unverständlich.)

Es entspinnet sich nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, an welchem Tage die nächste Sitzung stattfinden soll. Der Entschluß geht dahin,

die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm.

Auswärts: Sämmil. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

## Deutsches Reich.

Die Fraktion der freisinnigen Volkspartei des Landtags konstituierte sich am Montag. Es wurde beschlossen, mit der Reichstagsfraktion zusammen regelmäßig Dienstag Abend Fraktionsitzungen abzuhalten. Der Vorstand der Fraktion wurde gebildet aus den Abg. Schmidt, Richter und Wetekamp. Zugleich wurde Abg. Wetekamp als Schriftführer für das Abgeordnetenhaus in Vorschlag gebracht. Zum Schriftführer der Fraktion wurde Abgeordneter Dr. Krieger-Königsberg, zu dessen Stellvertreter Abg. Goldschmidt gewählt.

Die beiden freisinnigen Fraktionen werden im Abgeordnetenhaus eine Interpellation über die Ausmeiungen einbringen.

Bei der Eröffnung der Parlamente im weißen Saal, so sollte man meinen, kommen den Abgeordneten die besten Plätze zu. Nun schildert aber in der "Voß. Ztg." ein neu gewählter Abgeordneter seine Erlebnisse bei der Eröffnungssitzung im weißen Saal am Montag, wie folgt: "In den vorderen Reihen standen Generale und Chargen in großer Uniform, in dritter Reihe etwa eine Anzahl Herren im schwarzen Frack, ich selbst stand etwa in vierter Reihe, als der Hofmarschall oder Ceremonienmeister mit einem Stab hinzutrat und sprach: „Ich bitte die Herren Abgeordneten etwas zurückzutreten um Platz für die Generalität zu gewinnen.“ Meine Vorhermänner traten wohl nicht schnell genug zurück, wenigstens kam der Herr Hofmarschall oder wie sonst sein Titel ist, weiter nach hinten und wiederholte: „Ich bitte die Herren Abgeordneten zurückzutreten.“ Ich habe die vollkommenste Hochachtung vor unseren Generälen und weiß wie viele hervorragend hochverdiente Männer sich unter ihnen befinden, aber ich muß sagen, mir war die Lust vergangen, da zu bleiben und ich wäre weggegangen, wenn der König nicht eingetreten wäre. Nach meiner Ansicht ließe sich die Sache auch so einrichten, daß die Generalität auf einer Seite steht und auf der andern die Abgeordneten und daß diese nicht wie Zuschauer in die zweite Reihe gedrängt werden. Man kann persönlich noch so bescheiden sein, aber als Vertreter des Volkes kann man sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Jedenfalls werde ich eine Eröffnung des Landtages im weißen Saal nicht mehr mitmachen, so lange die Abgeordneten von einer Hofcharge zurückgedrängt werden."

Der erbliche Adel ist bekanntlich dem Kommandeur des Eisenbahnregiments, Oberst Konrad Schubert, verliehen worden. Zum Verständnis dieser Nachricht theilt die "Post" mit, daß Oberst Schubert mit der ältesten Tochter des Frhns. v. Stumm-Halberg vermählt ist.

Ein Schuldenfreier Bundesstaat ist nach der "Köln. Volksztg." auch das Großherzogthum Baden. Das habe außer einer Eisenbahnschuld von 230 Millionen keinerlei Schulden.

Einer Petersburger "Times"-Meldung folge hat das Auswärtige Amt ein neues Rundschreiben, erlassen das besagt, obwohl seit dem Rundschreiben vom August der politische Horizont sich etwas bewölkt und einige Mächte sogar Schritte zu Vergrößerung ihrer Mächte ergriffen haben, werde hoffentlich die allgemeine Lage sich wieder günstig für den Erfolg des großen humanitären Unternehmens des Barons gestalten. Inzwischen halte die russische Regierung einen Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten über den Gegenstand für ratslich, um die diplomatische Törlerung anzubauen. Wünschenswert sei eine Verständigung über zehn Punkte. Die Hauptpunkte sind, ein Abkommen, die Heere und Flotten für einen bestimmten Zeitraum nicht zu vergrößern, dergleichen nicht die Militär- und Marinebudgets, ferner der Versuch, Mittel ausfindig zu machen, um diese Streitkräfte und deren Budgets künftig zu vermindern. Untersagung des Gebrauchs neuer Waffen und

Sprengstoffe über neuer Pulversorten, die mächtiger als die jetzt im Gebrauch befindlichen wirken, Verständigung über Vermittlerdienste und Schiedsgerichte in gewissen Fällen zur Vermeidung des Krieges. — Diese neue Note ist, wie die „Nat.-Ztg.“ erfährt, in Berlin noch nicht übergeben worden. Allerdings verlautete schon vor einigen Tagen aus russischen politischen Kreisen, daß eine solche Note, die Einladung und die Vorschläge für das Konferenz-Programm enthaltend, zu erwarten sei. Ob der aus London gemeldete Inhalt der Note authentisch ist, bleibt somit noch abzuwarten.

Gegen die Zwangsinningar hat sich der bayerische Minister des Innern, Frhr. v. Feilitzsch, fünfzehn gegenüber einer Abordnung des Gewerbevereins Landshut ausgesprochen. Er hältte nach der „Landsh. Ztg.“, daß es nur der bayerischen Staatsregierung zu danken sei, daß der Zwang für das Gewerbe nicht schon für das ganze Deutsche Reich bestehen; die bayerische Staatsregierung sei von der Ansicht ausgegangen, daß der Zwang den Süddeutschen nicht passend sei und daß dem gewerblichen Mittelstand nicht Zwanzigmungen, sondern freie Vereinigungen eher auf die Füße helfen können, um den Schaden, den die großen Industrien demselben zugefügt, wieder auszugleichen. Nur müsse der gewerbliche Mittelstand sich zusammenfinden und sich jene Maschinen anschaffen, welche für seinen Zweck dienlich seien, um dadurch konkurrenzfähig zu werden. Entsprechend dieser ministeriellen Erklärung arbeitet der Landshuter Gewerbeverein kräftig an der Gewinnung aller Gewerbe für die freie Vereinigung; mehrere Gewerbe haben sich hierfür bereits erklärt, andere stehen im Beifall. Für die Zwangsinnung haben sich nur die Konditoren erklärt.

Vor längerer Zeit hatten die größeren Seefischereigesellschaften einer bedeutenden Anzahl Regimenter in allen Theilen des Reiches Röthe zur Verfügung gestellt, um einen Versuch mit Fischkost als Soldatenernährung zu machen und das Küchenpersonal zur Zubereitung anzulehnen. Die Versuche sind, wie man dem „Berl. Tagebl.“ schreibt, insofern günstig ausgefallen, als die Fischkost sich als nahrhafter und billiger als die jetzt übliche Kasernenkost erwiesen hat und zudem den Mannschaften sehr willkommen war.

Sämtlichen Postunterbeamten Dresdens ist, wie das „Meiss. Tagebl.“ meldet, eine Verfügung zur Unterschrift unterbreitet worden, durch die sie von der Oberpostdirektion vor dem Betreten solcher öffentlichen Lokale gewarnt werden, in denen das bisherige Organ für die Postunterbeamten, der „Deutsche Postbote“, ausliegt. Bisher fanden solche Volksboykottierungen nur seitens der Militärbehörden statt. Man sieht, wir machen Fortschritte. Der Gastwirksstand wird dadurch immer abhängiger von den Eingriffen der Behörden.

Eine Entscheidung von prinzipieller Wichtigkeit, die aber kaum unbestanden bleiben dürfte, hat das Dresdener Stadtverordneten-Kolleg getroffen, indem es das Gesuch eines dort wohnenden Österreichers mosaischer Konfession um Naturalisation mit der Motivierung ablehnt, daß die Naturalisierung ausländischer Israeliten unthunlich sei. Der Ausschuss hatte das Gesuch für unabedlich erklärt.

Nach den Ergebnissen der preußischen Sparkassenstatistik war Ende April 1898 in Preußen ein Einlagebetrag von 4967,69 Mark Spargeldern vorhanden. Es treten noch die Reservesfonds in Höhe von 350,13 Millionen Mark und einzige kleinere Fonds hinzu. Der Anteil der ländlichen Hypotheken und Grundschulden ist am höchsten in Hessen-Hannover mit 61,21, am niedrigsten in Ostpreußen mit 18,91 p.Ct. In Berlin fehlen sie ganz. In sämtlichen östlichen Provinzen erreicht die Anlage in ländlichen Grundbuchschulden nicht den Staatsdurchschnitt von 25,43 p.Ct.; in den westlichen außer in Hessen-Nassau und Rheinland übertrifft sie ihn. Während in Ostpreußen die ländlichen Hypotheken und Grundschulden nur wenig über die Hälfte des Grundsteuer-Reinertrags ausmachen, in Posen und Westpreußen ihm ungefähr gleichkommen, sind sie in Westfalen mehr denn neunmal so hoch als dieser, sodass die Belehrung in Westfalen über siebzehnfach so hoch als in Ostpreußen ist.

Wegen Majestätsbeleidigung ist der sozialdemokratische Redakteur Müller von der Magdeburger „Volksstimme“ bekanntlich zu 4 Jahren Gefängnis verurtheilt worden, obwohl er Zeugen vorführte zum Beweise, daß er am Tage der Herstellung der betreffenden Nummer garnicht in Magdeburg war. Nunmehr hat sich am Montag der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Calbe, Schriftsteller Albert Schmidt, dem ersten Staatsanwalt in Magdeburg gestellt und sich als den eigentlich Schulwigen bekannt. Schmidt erklärte, er habe es mit seiner Ehre und seinem Charakter nicht vereinbaren können, daß für seine Handlung ein Parteigenosse unschuldig leide.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Abgeordnetenhauptsitzung am Dienstag begann mit einem bemerkenswerten Vorspiel. Als der Präsident dem verstorbenen Grafen Falkenhayn, dem Urheber des Antrages, der die Polizei ins Haus brachte, einen Nachruf widmete, verließen alle Mitglieder der deutschen Fortschrittspartei und die Volkspartei, ferner die Sozialdemokraten den Saal. Nach Beendigung des Nachrufes erschienen sie wieder, von einzeln Psalmen rechts empfangen. Die deutsche Volkspartei, die deutsche Fortschrittspartei und die Schönerergruppe begannen dann sofort nach der Verlesung des Einlaufs mit Obstruktion, indem dieselben die Aufnahme mehrerer Petitionen in das Protokoll verlangten und hierüber namentliche Abstimmung forderten, welche, da genügend unterstützt, auch durchgeführt wurde. Unter den Einläufen befinden sich Buschriften der Regierung, nach welchen die in letzter Zeit auf Grund des § 14 erlassenen Verfügungen dem Hause vorgelegt, dagegen die Vorlagen über das Ausgleichs-Provisorium zurückgezogen werden. Ferner sind mehrere Ministeranklagen wegen Anwendung des § 14 angekündigt.

In Reichenberg sprach am Montag eine große Versammlung von Bürgermeistern, Ortsvorstehern und Vertrauensmännern des Reichenberger Bezirks sich für die schärfste Obstruktion aus bis zur Aufhebung der Sprachenverordnungen und bis zur Änderung des Regierungssystems, und beschloß, bei der Einstellung ihrer Thätigkeit in dem übertragenen Wirkungskreise zu verharren.

In Folge der tschechischen Verhetzung ist es am Montag in Prag zu bedauerlichen Ausschreitungen gekommen. Als der tschechische Student Linhart Montag früh aus dem Gastehaus kam, wurde er von dem ihm begegnenden deutschen Studenten Biberle um Feuer gebeten. Linhart lehnte dies ab, indem er Biberle bedachte, er solle tschechisch sprechen. Ein Begleiter Linharts, Namens Schmidt, bat den deutschen Studenten mit Rücksicht darauf, daß Linhart stark betrunken sei, sich mit diesem nicht weiter einzulassen. Biberle entfernte sich. Gleich darauf kam ein junger Mensch, der bisher noch nicht ermittelt ist, Linhart nachgelaufen und erschüttete ihn um Schuß gegen Biberle. Linhart elte diesen nach, versekte ihm einen Schlag und hieb sodann auf Biberle, der zu Boden gestürzt war, weiter ein. Um sich seines Gegners zu erwehren, zog Biberle den Revolver und feuerte zwei Mal. Der erste Schuß traf den zur Vermittelung herbeigekommenen Begleiter Linharts in die Hand, der zweite Linhart in den Unterleib. Linhart ist den Verlebungen erlegen. Biberle und Schmidt wurden verhaftet.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag, daß zwei weitere Überfälle auf deutsche Studenten stattgefunden haben. So wurden Montag Nacht zwei Mitglieder der Burschenschaft „Albia“ durch mehrere tschechisch sprechende Männer ohne Veranlassung mit Stockschlägen verlegt und gestern wurden vier Studenten von einer schreienden Volksmenge umringt und mit Steinen beworfen. Ein Student wurde verletzt.

Fürst Karl Liechtenstein, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, ist Montag Abend gestorben.

### Frankreich.

Nach einer Pariser Mitteilung der „Voss. Ztg.“ erzählt Ernst Daubert: „Ein französischer Minister, den vor einigen Tagen ein fremder Botschafter fragte, was er von einem Bündnis mit Deutschland halte, habe dem Botschafter geantwortet: „Zwischen Deutschland und uns ist es mit der Politik des Schmöllens und der üblichen Laune vorbei. Überall, wo es meinem Lande nützlich sein kann, hand in Hand mit Deutschland zu gehen, werde ich es thun und mich laut dazu bekennen. Freilich, ein richtiges Bündnis ist etwas Anderes.“ Der Minister fügte noch einige Entwicklungen seines Gedankens hinzu: „Ein Bündnis setzt Bedingungen voraus. Welche Bedingungen schlägt man uns vor? Man versichert, die russische Regierung habe es übernommen, diese Frage in Berlin zu stellen, und sie sei verständigt worden, daß Frankreich nicht glaube, man könne diese Bedingungen in Afrika finden.“

Der Anwalt Esterhazy's hat dem Generalstaatsanwalt erklärt, er habe ein Telegramm Esterhazy's erhalten, in welchem mitgetheilt wird, daß Esterhazy vor dem Kassationshof erscheinen werde. Das Telegramm besagt weiter, daß Esterhazy alle Maßregeln triffe, so schnell wie möglich nach Paris zu kommen. Er verlangt, daß man ihm Mittheilungen mache über den Wortlaut eines jeden ihn betreffenden Verhörs. Ferner verlangt er, mehreren Zeugen gegenübergestellt zu werden, besonders aber dem Unteruchungsrichter Bertulus. Wie der Anwalt weiter mittheilt, wird Esterhazy vor seiner Abreise nach Paris alle photographischen Aufnahmen in Sicherheit bringen.

### Nordamerika.

In der Philippinenfrage schlägt Mac Kinley die kolonialische Behandlung ein. Die Kommission, deren Bildung Mac Kinley vorschlägt, wird sich

über die Lebensweise und die Gewohnheiten der Filipinos sowie über die wirtschaftlichen und kommerziellen Verhältnisse auf den Philippinen unterrichten, sich aber nicht mit der Frage der Regierungsumform beschäftigen. Man nimmt an, daß die Kommission etwa am 1. Februar nach Manila absfahren wird.

### Südafrika

In Johannesburg sind wegen Friedensstörung bei den jüngsten Unruhen vom Sonnabend zwei Engländer verhaftet, aber alsbald freigelassen worden. Die nach Kapstadt bestimmten Telegramme unterliegen der Zensur.

### Ostasien.

Der Kaiser von China hat in der letzten Zeit Zeichen eigenen Willens wieder erkennen lassen. Dem „Reuterischen Bureau“ zufolge besagen Nachrichten aus dem Kaiserlichen Palast, die Missstimmung zwischen der Kaiserin-Witwe und dem Kaiser sei im Wachsen; der Kaiser habe bei verschiedenen Gelegenheiten in ausgesprochener Weise den Wünschen der Kaiserin nicht Folge geleistet.

### Provinzielles.

Graudenz, 17. Januar. Ein Taubstummen-Radsaherverein hat sich hier nun doch gebildet. Der Verein hat am Sonntag drei Vollstimmigen und vier Taubstummen gewählt. Die Fahrordnung lehnt sich der Berliner Taubstummen-Radsaher-Vereinigung an; nach dieser darf in den verkehrsreichen Straßen, in denen das Radeln im Allgemeinen polizeilich erlaubt ist, nicht gerodelt werden, sondern nur in den stillen Straßen und außerhalb der Stadt. Acht aktive und mehrere passive Taubstummen aus Graudenz traten dem Verein bei. Außerdem haben mehrere aktive Taubstummen in Thorn, Culm, Culw, Marienwerder zu ihrem Beitritt in Aussicht gestellt. — Ein nichtsweisiger Streich ist Herr Juhrhalter Robert gespielt worden. In der Nacht zu Sonntag und der darauf folgenden sind 15 Pferden des Herrn R. die Schläge zum Theil ganz abgeschritten, zum Theil durch treppenartiges Verschneiden so verunstaltet worden, daß eine Anzahl der Pferde monatelang überhaupt nicht im öffentlichen Verkehr verwandt werden kann. Herr R. erwacht dadurch ein beträchtlicher Schaden.

Marienwerder, 16. Januar. Am Sonntag Abend ist von dem nach Marienwerder fahrenden Personenzug in der Nähe des Überweges bei Bahnhof Sedlitz der zum Gate Sedlitz gehörige Gutschmied Hobt überschritten und auf der Stelle gefördet worden.

Ebing, 16. Januar. In diesem Jahre wird an dem heutigen städtischen Lehrerinnenseminar eine Lehrerinnenprüfung nicht abgehalten. Die Abiturientinnen sind also in die unangenehme Lage versetzt, sich auswärts der Prüfung unterziehen zu müssen.

Ebing, 17. Januar. Für katholische Vereinzelzwecke wurde hier das Hotel zum „Goldenem Löwen“ für 63 000 M. angekauft.

Nastenburg, 15. Januar. Der Typhus, der seit Dezember v. J. sporadisch auftritt, droht hier jetzt einen epidemiativen Charakter anzunehmen und hat in der ganzen Stadt Erkrankungen hervorgerufen. In den meisten Fällen sind die Erkrankungen auf den Genuß schlechten Trinkwassers zurückzuführen, weshalb die Polizei sanitäre Maßregeln angeordnet hat. In Dresdner und den Nachbarschaften, wo der Typhus sehr stark wütete, ist indeß, wie man der „R. P. Z.“ mittheilt, ein erfreulicher Rückgang der Krankheit zu konstatieren.

Königsberg, 14. Januar. Die „Volkstimme“ bringt folgende Nachricht, deren Richtigkeit die „Hart. Ztg.“ bestätigt: Bei der Firma Hermann Kaz und So. in Königsberg waren ein junger Mann und eine junge Dame beschäftigt, welche seit einigen Monaten in Berlin in Stellung sind. Am 24. Dezember wurden beide in Berlin von Kriminalschülern verhaftet. Von dem Kriminalkommissar, dem sie vorgeführt wurden, erfuhrn sie, daß Herr Kaz sie der Unterschlagung von 7000 M. beschuldigt habe, die sie am 6. September v. J. verübt haben sollten. Der junge Mann sollte eine Quittung gefälscht, das Fräulein das Geld abgehoben haben. Als der Kriminalkommissar die angeblich von dem jungen Mann gefälschte Quittung vorlegte, bemerkte der Verhaftete sofort, daß die Unterschrift von dem Bruder des Herrn Kaz, einem Herrn Salty Kaz herrührte, der eine Zeit lang im Kazischen Geschäft thätig war. Da die Unterschrift nicht verstell war, erscheint es im höchsten Grade wunderbar, daß der Inhaber des Kazischen Geschäftes nicht sah, von wem die Unterschrift war. Freilich konnte der Kommissar die Verhafteten nicht, trotzdem er denselben erklärte, er zweifele nicht daran, daß sie unschuldig seien. Zu der Demuthigung der Verhaftung und des Transportes nach dem Polizeipräsidium mußten die jungen Leute sich nun die noch schlimmere gefallen lassen, der alle Untersuchungsfestgenommen ausgelegt sind. Sie wurden entkleidet, untersucht und dann in Gesellschaft von Verbrennern und Dirnen mittels grünen Wagens nach Moabit überführt. Die junge Dame kam im Gefängnis halb bewußtlos an. Noch an demselben Tage, Abends 8 Uhr, wurden beide wieder in Freiheit gelesen. Vor dem Thor des Gefängnisses brach das junge Mädchen bewußtlos zusammen. Im Wagen mußte es ihren Angehörigen zugeführt werden. Noch jetzt liegt es krank daneben. Die Verhafteten beachtigen, gegen Herrn Hermann Kaz wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag zu stellen.

Eck, 16. Januar. Die Wägde Marie Krause und Elise Michalowsky hatten am 12. Oktober einen Eisenbahngut auf der neuen Bahnstrecke Angerburg - Gerdenau darum gefärbet, daß sie einen etwa drei Faustgroßen Stein auf die Schiene legten, durch welchen der Schneeräumer des nächsten Zuges beschädigt wurde. Sie wurden mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter zu je einem Jahr Gefängnis verurtheilt.

Von der russischen Grenze, 13. Januar. „Ein Wolf!“ — Dieser Ruf versegte gestern die Bewohner des hars an der Grenze gelegenen Dorfes R. in Schrecken. In aller Eile verschafft sich die streitbare Mannschaft, der sich einige resolute Frauenzimmer anschlossen, mit dem notwendigen Material, als da zu sein pflegen: Dreschfegel, Heu- und Mistgabeln, Ferkeln, Wagenschwengeln, Knüttel u. s. w. Man wollte dem ungebetenen Guest gehörig auf den Pelz steigen und sich ganz dem Vergnügen einer so selten vorkommenden Jagd hingeben. Da lag auch schon das Unthier in einer kleinen Vertiefung, den Kopf etwas vorgestreckt. Wer sollte sich nun aber heranwagen? Wollte doch jetzt keiner der vorher so Mutigen leichtfertig sein werthes irdisches Dasein aufs Spiel setzen. Doch da erschien auf der Bild-

fläche der Besitzer B., auf dessen Gemarkung der Wolf saß, eiligen Laufes, die Jagdklinke zum Gebrauch fertig im Arm. „Wo es heißt?“ rief er schon von weitem. „Noa durst, en dñe kuhl. Lewent hat he sich gerehrt!“ schalt es ihm entgegen. Verdutzt bleibt er einen Augenblick stehen, dann macht er schleunigst lehrt, hängt die Jagdklinke auf den Rücken und sagt ärgerlich im Fortgehen: „Schoapskewju, alle noa de Kug. Ju send woll alle varrect obder dammlich? Es min oll Karo, wo gister krapfet es und den eck durch den Johann hier herbringe leet.“ Bange Gesichter, Heimkehr unter Bemerkungen, „wie man sich so iren konnte“, und selbstredend Spott!

Posen, 17. Januar. Die Polizei beschlagnahmte heute den diesjährigen Kalender des „Gonic wielsopolski“.

### Lokales.

Thorn, den 19. Januar.

— Personalien. Verzeigt sind die Postpraktikanten Lohmeier von Danzig nach Thorn, Roclawski von Danzig nach Dirschau, Losz von Darzow nach Elbing. Übertragen sind, zunächst kommissarisch, die Poststelle des Postamts in Konitz dem Postdirektor Gärtnner aus Brae in Oldenburg, dem Ober-Postdirektionssekretär Gehrmann in Darzig die Poststelle des Postamts in Gleiwitz, dem Postsekretär Hildebrand aus Dresden eine Postbeamtenstelle erster Klasse bei der Ober-Postdirektion in Danzig.

— In dem neuen preußischen Gatt werden zu Bau einer Turnhalle für das heutige Gymnasium 16 800 M. und als letzte Baurate für das neue Amtsgericht hier 50 000 M. gefordert.

— Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Nachweisung über die Ergebnisse der anderweitigen Vergabung der im Jahre 1898 pachtlos gewordenen Domänen-Böwerke ergiebt, daß während der frühere etatsmäßige Pachtzins auf den Hektar 37,75 M. betrug, bei der Neuverpachtung ein Pachtzins von 29,60 M. auf den Hektar, mithin 8,15 M. weniger erzielt sind. Im Regierungsbezirk Marienwerder betrug der bisherige etatsmäßige Pachtzins bei 686 Hektar Pachtfläche 21 110,66 Mark, so daß ein Durchschnittspachtzins von 39,52 M. erzielt wurde, während bei der neuen Verpachtung bei 680 Hektar Pachtfläche nur 22 101 M. Pachtzins erlangt wurde, durchschnittlicher Pachtzins 32,50 M. pro Hektar. Im Regierungsbezirk Marienwerder betrug der neue Pachtzins gegen den etatsmäßigen Pachtzins 5009,66 M. weniger.

— Zu den gestern von uns erwähnten Erklärungen des Reichstagsabgeordneten Sieg auf dem Parteitag der westpreußischen Nationalliberalen in Dirschau schreibt heute die „Voss. Ztg.“: „Es mag der Bundesleitung wunderlich durchs Gemüth ziehen, wenn sie von den Absichten des Abgeordneten Sieg und von den Erfolgen der nationalliberalen Bundesmitglieder hört. Sache der nationalliberalen Presse ist es, sich mit Herrn Sieg darüber auszuseinanderzusetzen, ob wirklich über 30 nationallibrale Abgeordnete dem Bunde der Landwirthe angehören. Sicher ist, daß der westpreußische Nationalliberalismus, so wie er in Dirschau vertreten war, vollständig im bündlerischen Fahrwasser schwimmt. Die westpreußischen Blätter wissen nicht einmal zu berichten, daß Herr Sieg irgend welchem Widerparte bezeugt sei, als er ausführte, die nationallibrale Partei habe die Anschauungen der landwirtschaftlichen Wählerschaft zu berücksichtigen, oder sie müßt abdanken. Zugegeben wurde allzeit, daß der Nationalliberalismus in Westpreußen „w seculi“ zurückgegangen sei; das ganze „Land“ sei abgeschwemt, und nirgendwo habe die Partei Aussicht, aus eigener Kraft ihre Kandidaten durchzubringen.“

— Für russische GetreideSendungen nach Königsberg und Darzig sind, wie wir in Ergänzung unserer gestrigen Mittheilung noch mittheilen wollen, direkte Tarifzahlungen von folgenden russischen Stationen festgesetzt worden: Stradetisch, Sobolew und Wilna, Pilawa und Bielostow, Kolbelz, Nowominsk, Stanislawow, Wytschow, Passow der Weichselbahnen und von Bielowesch der Südwestbahnen, sowie nach Danzig von Ostrolenta und Tscheronow Brod der Weichselbahnen. Die Zahlungen werden auf derselben Grundlage e. oben, wie die Tarifzahlungen, welche vom 1. Januar 1898 ab für die Getreidesendungen nach Königsberg und Danzig von den anderen Stationen des Weichselgebietes und des nordwestlichen G. biets zur Erh.bung gelangen. Die neu e. Tarifzahlungen werden vom 1. Februar 1899 ab eingeführt.

— Einen Bericht über die Unterbringung der Kinder von Wanderarbeitern hat der Regierungspräsident in Marienwerder eingefordert, weil es vorgekommen sei, daß diese sogenannten „Sackengänger“ ihre Kinder während ihrer Abwesenheit zu Leuten in Pflege geben, die weder für die körperliche noch fittliche Entwicklung der Kinder sorgen.

— Den Theilnehmern am Fernsprechverkehr war es bisher untersagt, im Telephonregister neben ihrer Firma auch die Geschäftsstunden zu vermerken. Bisher hatte die Postverwaltung sich geweigert, jene Bestimmung abzuändern. Ein Fabrikhaus, welches gegen einen abschlägigen Bescheid beim Reichspostamt Beschwerde erhoben hatte, erhielt



# Bier-Versandt-Geschäft von Sloetz & Meyer

Strobandstr., Ecke Elisabethstr. 16,



offerirt folgende Biere in Fässern, Flaschen, Siphons und 1 Liter-Glaskrügen.

bunles Lagerbier . . . . .	36 Flaschen 3,00 Mark, im Siphon à 5 Liter 1,50 Mark, in 1 Liter - Glaskrügen 0,30 Mark.
helles . . . . .	36 " 3,00 " " à 5 " 1,50 " 1 " 0,30 "
Böhmisches Märzen . . . . .	30 " 3,00 " " à 5 " 2,00 " 1 " 0,40 "
Münchener à la Spaten . . . . .	30 " 3,00 " " à 5 " 2,00 " 1 " 0,40 "
Export (à la Culmbacher) . . . . .	25 " 3,00 " " à 5 " 2,25 " 1 " 0,45 "
Bockbier (Salvator) . . . . .	25 " 3,00 " " à 5 " 2,25 " 1 " 0,45 "

dunkles Lagerbier . . . . .	30 Flaschen 3,00 Mark, im Siphon à 5 Liter 2,00 Mark, in 1 Liter - Glaskrügen 0,40 Mark.
ff. Märzen . . . . .	30 " 3,00 " " à 5 " 2,00 " 1 " 0,40 "

Münchener Augustinerbräu . . . . .	18 Flaschen 3,00 Mark, im Siphon à 5 Liter 2,50 Mark, in 1 Liter - Glaskrügen 0,50 Mark.
Bürgerbräu . . . . .	18 " 3,00 " " à 5 " 2,50 " 1 " 0,50 "
Culmbacher Exportbier . . . . .	18 " 3,00 " " à 5 " 2,50 " 1 " 0,50 "

Pilsener Bier, aus dem Bürgerl. Bräuhaus in Pilsen, die Flasche 25 Pf., 25 Flaschen 4 Mark; im Siphon à 5 Liter 3 Mk., in 1 Liter-Glaskrügen à Krug 60 Pf.

Engl. Porter (Barclay Perkins & Comp., London) 10 Fl. 3 Mk. Gräzer Bier 30 Fl. 3 Mk.

Die oben erwähnten Bier-Glas-Siphon-Krüge unter Kohlenförmendruck gewährleisten die denkbar größte Sauberkeit und bieten die einzige Möglichkeit, im Haushalte zu jeder Zeit Bier frisch wie vom Fass zu haben, unter Vermeidung aller Unbequemlichkeiten. In gleicher Weise zeichnen sich auch die 1 Liter-Glaskrüge, welche hermetisch verschließbar sind, durch bequeme Handlichkeit und praktische Brauchbarkeit, sowie durch ihre gesäßige Ausstattung auf vortheilhafteste Art. Beide Arten von Krügen werden plombirt geliefert und bilden in ihrer einfachen Eleganz einen überaus schönen Tafelschmuck.



## THORN

Fernsprech-Anschluß 101,

Freitag, den 20. Januar,

Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr  
sollen auf dem Hofe des Herrn Spebiteurs R. Asch, Rückenstraße, folgende nicht abgenommene Gegenstände öffentlich meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft werden:

1 Kleiderspind, 1 Wäschespind, ein Bücherspind, Kleider, Wäsche, Unterbett, Küchen-geschirr, Zimmermannshand-werkzeug, Regulator, Spiegel, 4 Rohrstühle etc., sämtlich gebraucht.  
Güterabfertigungsstelle.

Deffentliche Zwangsversteigerung.

Freitag, den 20. Januar er., Vormittags 10 Uhr

werde ich in dem Geschäftsstiale des Barbiers Conrad Schildhauer hier, Seglerstr. 19,

1 Sophatisch, 1 Spiegelspind, 1 Spiegel mit Marmorplatte, 2 Spiegel mit Konsole, einen Waschtisch mit Marmorplatte, 1 runden Tisch mit Marmorplatte u. a. m.

meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Gaertner, Gerichtsvollzieher in Thorn.

Zahntechnisches Atelier.

Neustädter Markt 22

neben dem Königl. Gouvernement.

H. Schneider.

Bermouth-Wein.

The Continental Bodega Company.

Die beste Bezugsquelle für GARANTIRT ÄCHTE Südweine:

Portwein, Sherry, Madelra, Marsala, Malaga, Tarragona etc....

Niederlage:

in: Thorn

bei: J. G. Adolph.

Glasweiser Ausgang in Original-Gläsern.

Glasweiser Ausgang in Original-Gläsern.